

LH Pröll zu Bundesstraßengesetz-Novelle: Schub für Standort NÖ

Anbindung an Nachbarländer und Entlastung der Anrainer St. Pölten (NLK) - "Diese Entscheidung der Bundesregierung nach schwierigen Verhandlungen bedeutet einen großen Schub für den Standort Niederösterreich", betont Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll in einer ersten Reaktion zum Beschluss der Bundesstraßengesetznovelle im Ministerrat. "Mit der Marchfeld-Schnellstraße, der Weinviertel-Schnellstraße und der Traisental-Schnellstraße sind alle drei von Niederösterreich geforderten Straßenzüge im Paket der Bundesregierung enthalten. Damit kann der Ausbau des höherrangigen Straßennetzes in Niederösterreich, so wie von uns angestrebt, in sieben bis acht Jahren abgeschlossen werden."

Der Bau dieser drei Straßenzüge bedeutet einen enormen Impuls für den Arbeitsplatz Niederösterreich. Die Gesamtkosten der drei Straßen betragen 900 Millionen Euro, in der Bauphase werden 12.000 Arbeitsplätze abgesichert, und durch Betriebsansiedlungen werden 4.200 neue Arbeitsplätze geschaffen. "Darüber hinaus sind gut ausgebaute Straßen ein wesentlicher Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit. Zum einen, weil vierspurige Straßen um 80 Prozent sicherer sind als zweispurige. Zum anderen, weil wir mit den drei Straßenprojekten insgesamt 40.000 Fahrzeuge täglich aus den Ortschaften herausbringen", so Pröll

Mit der Aufnahme der drei Infrastrukturprojekte in die Bundesstraßengesetznovelle ist gewährleistet, dass der Bund den Ausbau und die ASFINAG die Finanzierung dieser höherrangigen Straßen übernimmt.

Rückfragehinweis:
Niederösterreichische Landesregierung
Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit und Pressedienst
Tel.: 02742/9005-12180
<http://www.noe.gv.at/nlk>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0163 2006-02-23/12:51